

Baugewerbe kritisiert Hostasch-Katalog zur Schwarzarbeit

Utl.: Lahofer: "Schluß mit der Glorifizierung des flächendeckenden Pfuschs als Nachbarschaftshilfe" =

Wien (PWK) - Die Bundesinnung der Baugewerbe kritisiert die Pläne von Sozialministerin Hostasch zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Das unter dem Schlagwort "Sauberer Arbeitsplatz" vorgestellte Maßnahmenpaket enthalte zwar jede Menge einseitiger Bürgschaften und Haftungen der Bau-Generalunternehmer, jedoch keine konkreten Schritte gegen private Pfuscher. "Es muß im gleichen Maß auch gegen den privaten Pfusch vorgegangen werden, der nicht weiter als Nachbarschaftshilfe glorifiziert werden darf. Damit muß endlich Schluß sein", erklärte Johannes Lahofer, Bundesinnungsmeister der Baugewerbe, in einer Aussendung der Wirtschaftskammer Österreich.

Mikrozensususerhebungen des Statistischen Zentralamtes haben ergeben, daß bereits 10 bis 12 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung einem inoffiziellen Nebenerwerb nachgehen. "Das ist ein Heer von rund 600.000 Pfuschern", so Lahofer. Ein Viertel der Bevölkerung hat laut einer Umfrage der Uni Linz in den vergangenen zwei, drei Jahren Schwarzarbeiter beschäftigt. Dem Baugewerbe entgehen damit jährlich Aufträge in der Höhe von fast 90 Mrd Schilling.

Lahofer wies darauf hin, daß gerade Bauarbeiter deutlich höhere Urlaubsansprüche als die Arbeitnehmer in der übrigen Wirtschaft haben. Dies lade förmlich dazu ein, sich nicht nur an Wochenenden, sondern auch entgegen dem Urlaubszweck der Erholung und des Aufbaus neuer körperlicher Ressourcen, ein Körberlgeld unter Umgehung der Steuer-, Sozialversicherungs- und Urlaubsgesetze in enormer Höhe zu verschaffen. "Auch darüber wird man reden müssen, genauso wie über den gewerblichen Pfusch durch Arbeitslose und Frühpensionisten, der einen enormen volkswirtschaftlichen Schaden verursacht", meinte der Bundesinnungsmeister. Anstatt sich jedoch auf dieses Problem zu konzentrieren, werde jetzt den Unternehmen der Schwarze Peter zugespielt.

Der Bundesinnungsmeister kritisierte, daß die Sozialministerin keine einzige konkrete Zahl für die illegale Beschäftigung von Arbeitnehmern vorgelegt hat. "Offenbar aus gutem Grund, denn die Zahl

der Anzeigen ist verschwindend gering", so Lahofer. Anstatt immer neue Schikanen und Kontrollen für Unternehmen zu erfinden, sollte Hostasch über eine geringere Besteuerung des Faktors Arbeit nachdenken und die arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen entbürokratisieren, damit diese für Unternehmen überschaubarer und nachvollziehbarer werden.

(Schluß) mh

Rückfragehinweis: Bundesinnung Baugewerbe

Tel: 0222/718 3737

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0268 1998-03-19/17:02

191702 Mär 98

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980319_OTS0268